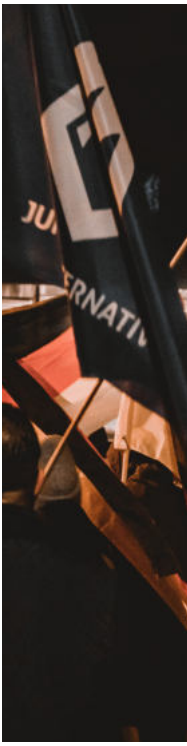
# „JUGEND, DIE VORANGEHT!“

## PROGRAMMATISCHE LEITLINIEN

XI. Bundeskongress der Jungen Alternative

# PRÄAMBEL: FÜR EIN ANDERES DEUTSCHLAND



Deutschland steht an einem Wendepunkt. Über mehrere Generationen wurde die Bundesrepublik vom Bewusstsein getragen, dass es der Kindergeneration besser ergehen würde als der Elterngeneration. Die Nachkriegsgeneration freute sich noch über wachsenden Wohlstand und die bloße Abwesenheit von Krieg. Die Babyboomer wuchsen in eine Zeit der Entspannung hinein. In der Bundesrepublik hatte man sich daran gewöhnt, dass die Kinder stets mehr hatten, mehr durften, mehr reisten als ihre Eltern. Obwohl sich Krisensituationen spätestens seit der Finanzkrise 2007/2008 häuften und intensivierten, genoss die Jugend ihre Freiheit. Man lernte oder studierte, worauf man Lust hatte, machte Erasmus-Auslandssemester und wuchs in einen entspannten Arbeitsmarkt hinein, eingebettet in die scheinbare Sicherheit staatlicher Rundumversorgung. All das steht heute zur Disposition.

Wir sind seit langer Zeit die erste Generation, der es nicht besser ergehen wird als ihren Eltern. Wohin sich unsere Städte entwickeln, lässt sich jeden Tag in der Fußgängerzone beobachten. Was mit unseren Renten passiert, steht in den Sternen, auch wenn unsere Sozialabgaben monatlich unser Gehalt halbieren. Und was wir in dieser Welt von morgen überhaupt zu melden haben werden, wird mit jeder kritischen Äußerung, mit jedem falschen Like ungewisser. Doch wir wollen nicht jammern und uns nicht in Alarmismus verrennen. Wir sind nicht die Generation Greta, sondern die Generation Deutschland. Wir treten als starke Männer und starke Frauen an, Deutschland wieder bessere Zeiten zu bescheren.

# *Wir sind nicht bloß konservativ, wir sind auch rechts.*

Das schaffen wir nicht, wenn wir uns nur als Konservative begreifen. Wer das politische Spektrum allein in konservativ und progressiv unterteilt, der akzeptiert von vorne herein, dass die gegnerische Position den Fortschritt für sich gepachtet hat. Damit ist entschieden, wem die Zukunft gehört. Statt über das Für und Wider von Positionen zu streiten, konzentrieren sich Konservative darauf, lediglich abzufedern, was vermeintlich unaufhaltbar ist und früher oder später sowieso eintreten wird. Wir aber wollen nicht abfedern, was es aufzuhalten gilt. Wir wollen nicht ertragen, was untragbar ist. Stattdessen wollen wir wiederherstellen, was gestern erhaltenswert war; neugestalten, was unserer Gesellschaft heute wie gestern fehlt und was sie morgen braucht. Wir sind nicht bloß konservativ, wir sind auch rechts.

# WO ES EINE POLITISCHE LINKE GIBT, DA MUSS ES AUCH EINE POLITISCHE RECHTE GEBEN, OHNE DASS WIR DIESEN BEGRIFF IN ANERZOGENER ABSCHEU VON UNS WEISEN.

Wenn wir als politische Rechte gestalterisch tätig werden wollen, reicht es nicht, bloß die Reste zu bewahren, die die politische Linke auf ihrem Zerstörungskurs übrig lässt und ständige Abwehrschlachten zu führen, nein, dafür tut es not, in die politische Offensive zu gehen und eine positive Vision von einem neuen Deutschland zu zeichnen.

Es ist ein Land, in dem wir die Schönheit unserer Natur, Städte und Dörfer achten und dort wiederherstellen, wo sie nicht mehr gegeben ist. Es ist ein sicheres Land, in dem niemand über dem Gesetz steht und jeder sich auf eine schnelle und harte, aber nicht unbarmherzige Hand des Rechtsstaats verlassen kann.

In diesem Deutschland stehen Sicherheitskräfte an der Grenze, nicht im Freibad. Mit scharfen Messern wird in der Metzgerei hantiert, nicht in unseren Fußgängerzonen. Sein Staat dient „dem deutschen Volke" und schreibt es sich nicht bloß aufs Parlamentsgebäude. Es ist ein Staat, der nur so stark wie nötig und dennoch so zurückhaltend wie möglich ist. Dessen Gesetze klar, kurz und verständlich sind. Wir träumen von einem deutschen Volk, das sein Erbe an die nächste Generation weitergeben möchte. Wo Kinder keine Last sind, die man möglichst spät und wenig bekommt, sondern Kinderlachen durch jede Straße schallt und auch ungeborene Kinder sicher sind. Wo Großeltern den Herbst ihres Lebens im Kreis der Familie verbringen und nicht ins Heim abgeschoben werden. Wo Männer und Frauen nicht gegeneinander arbeiten, sondern sich zum Wohle aller ergänzen.

Es ist eine Gesellschaft, in der stabile Familien und gute Ehen die Norm sind und das Fundament unseres Landes darstellen. Wir fördern den Erfolgreichen und helfen den Schwachen, stark zu werden. Wer unsere sozialen Sicherungssysteme ausnutzt, spürt die Konsequenzen. Arbeit lohnt sich und ihr Ertrag landet auf unserem Konto, nicht im Treibsand staatlicher Misswirtschaft. Wir sind stolz auf unsere Soldaten, die keinen Krieg beginnen, aber bereit sind, jeden Konflikt zu beenden, der uns aufgenötigt wird. Dieses Volk liebt das Eigene und schätzt das Fremde wert. Wir sind Patrioten, die unser Land lieben, ohne sich der Neugier für andere Länder zu verschließen, in einem Europa souveräner und befreundeter Vaterländer. Dieses neue Deutschland ist ein besseres Deutschland.

# WIR STEHEN ZUM DEUTSCHEN VATERLAND

Wir bekennen uns zum deutschen Nationalstaat als der natürlichen Einheit von deutschem Staatsvolk, deutschem Staatsgebiet und deutscher Souveränität. Die deutsche Nation ist die Wiege von Einigkeit und Recht und Freiheit. Die Vereinigung unseres Volkes unter dem Dach eines Nationalstaates ist untrennbar mit der deutschen Demokratiebewegung im 19. Jahrhundert verbunden. Gleichwohl nehmen wir die Verbindung aus Nation, Demokratie und Rechtsstaat nicht als selbstverständlich hin und verteidigen sie gegen jeden Versuch, den Nationalstaat durch ein weniger demokratisches und weniger rechtsstaatliches supranationales Konglomerat zu ersetzen.

Der Nationalstaat ist die beste Möglichkeit, unsere Art zu leben zu verteidigen. Wir sind stolz auf die deutsche Kultur, die wir als elementaren Bestand der kulturellen „Vielfalt in Verschiedenheit" in Europa beschützen und pflegen wollen. Dazu gehört, sich gegen alle Versuche zu stemmen, Deutschland zum bloßen Siedlungsgebiet und Experimentierfeld einer unkontrollierten Masseneinwanderung zu machen. Zuwanderung hat sich nach den Interessen unseres Landes zu richten.

Nachdem jahrzehntelange Integrationsbemühungen gescheitert sind, sollten wir an Migranten die Erwartungshaltung einer Assimilation richten. Illegale und ausreisepflichtige Einwanderer sind konsequent zurückzuführen.
Wir wollen unsere Politik im Inneren wie im Äußeren nach deutschen Interessen ausrichten. Dazu gehört, sich in keine Abhängigkeit von fremden Großmächten zu begeben und bestehende Abhängigkeiten nach Möglichkeit zu reduzieren. Wir sind weder ein Erfüllungsgehilfe der USA, noch biedern wir uns Russland oder China an.
Vielmehr wollen wir als Teil eines souveränen Europas aus eigener Kraft selbstbewusste Politik nach eigenen Interessen gestalten.

Wir begreifen Deutschland als Teil eines Europas der Vaterländer. Unsere Liebe zum Eigenen tut unserem Bekenntnis zur gemeinsamen Identität und Geschichte Europas keinen Abbruch. Europa als christlich geprägtes Abendland ist uns Heimat und Schicksalsgemeinschaft. Den Ansprüchen dieser Schicksalsgemeinschaft wird die Europäische Union nicht gerecht. Wir lehnen sie in ihrer derzeitigen Form ab, da sie sich als nicht reformierbar erwiesen hat.

An ihre Stelle soll nach einem Austritt Deutschlands wieder eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft treten. Insbesondere in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, aber auch in anderen Politikfeldern wollen wir eng mit unseren europäischen Nachbarn kooperieren, denn in der sich abzeichnenden multipolaren Weltordnung ist die Schaffung eines europäischen Pols notwendig, wenn die Staaten Europas in geopolitischen Angelegenheiten selbst Verhandler, statt bloß Verhandlungsmasse fremder Hegemonialmächte werden wollen.

Die deutsche Souveränität darf dabei nicht, wie es derzeit in der Europäischen Union der Fall ist, ausgehebelt werden.

> ***Wir sind weder ein Erfüllungsgehilfe der USA, noch biedern wir uns Russland oder China an.***

**WIR BEKENNEN UNS ZUM SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER VÖLKER. DER UKRAINEKRIEG HAT GEZEIGT, DASS EINE EHRLICHE FRIEDENSORDNUNG UND EINE STABILE SICHERHEITSARCHITEKTUR IN EUROPA NUR DANN MÖGLICH SIND, WENN EUROPA SEINE DIPLOMATIE VON EIGENEN INTERESSEN GELEITET GESTALTET. DAZU MUSS SICH EUROPA VON HEGEMONIALEN EINFLÜSSEN UND ABHÄNGIGKEITEN GEGENÜBER FREMDEN GROSSMÄCHTEN BEFREIEN. WIR WOLLEN, DASS SICH DEUTSCHLAND ALS SCHUTZMACHT EUROPAS BEGREIFT UND DIE DAMIT EINHERGEHENDE VERANTWORTUNG PFLICHTBEWUSST WAHRNIMMT.**

# WIR STEHEN ZU UNSERER BUNDESWEHR.

Ihr desolater Zustand ist die Konsequenz einer jahrzehntelangen Politik der Abrüstung und deutscher Schwäche, die ihren Höhepunkt in der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 gefunden hat. Wir wollen einen positiven Bewusstseinswandel im Umgang mit unseren Streitkräften. Soldaten, die bereit sind, ihr Leben für unser Land zu geben, verdienen unseren höchsten Respekt und sollten auch in Schulen für den Dienst am Vaterland werben dürfen. Wir sprechen uns für eine Aufrüstung der Bundeswehr aus. Eine starke deutsche Wehrkraft, die sich nicht auf Sicherheitsversprechen von Partnern stützt, ist notwendige Bedingung dafür, auch abseits wirtschaftlicher Aspekte wieder als eigenständige Kraft auf dem internationalen Parkett wahrgenommen zu werden. In diesem Sinne befürworten wir auch eine Rückkehr zur Wehrpflicht und ein Bekenntnis zu deutschen Militärtraditionen. Zu diesem Zweck ist auch eine atomare Bewaffnung Deutschlands ins Auge zu fassen.

# WIR STEHEN ZUM SCHUTZ VON KULTURLANDSCHAFT UND UMWELT

Unser Heimatbegriff bezieht sich nicht nur auf die deutsche Nation, sondern ganz konkret auf unsere Natur: die tiefen Wälder der Mittelgebirge, die Flusstäler von Rhein, Elbe und Donau, die Hochgebirge im Süden und das Wattenmeer im Norden. Die kargen Böden und rohstoffarmen Gebirge spornten Fleiß und Erfindergeist der Deutschen an. Lange, dunkle Winter förderten die deutsche Innerlichkeit und Seelentiefe.

Die Altparteien sprechen gerne davon, Ökonomie und Ökologie miteinander zu versöhnen. Doch im Ergebnis treibt die ökologische Agenda wirtschaftliche Gesichtspunkte bloß vor sich her und verengt sich selbst einseitig auf den Klimaschutz. Von Umweltschutz dagegen ist in der öffentlichen Debatte kaum noch die Rede. Tatsächlich stehen sich beide teilweise diametral entgegen: Umweltschutz ist konkret und regional, Klimaschutz abstrakt und global. Wo für Windräder ganze Kulturwälder abgeholzt und der Artenschutz hintangestellt werden, wird der Kontrast offenkundig. Unter Bezugnahme auf die abstrakte Gefahr einer „Klimakatastrophe" werden die nationale Souveränität ausgehebelt und individuelle Freiheitsrechte bedroht. Diese Bedrohung muss bekämpft, tatsächlichen Klimaveränderungen nüchtern begegnet werden.

Auch bei Annahme eines durch CO2-Emissionen menschengemachten Klimawandels ist eine konkrete Auswirkung deutscher Maßnahmen auf das Weltklima angesichts des geringen globalen CO2-Anteils allenfalls marginal. Herausforderungen durch Klimaveränderungen wie etwa Extremwetterereignisse oder Trockenheit sind durch konkrete Maßnahmen zu begegnen. So kann z.B. das Verbundsystem der Stauseen effizienter gestaltet werden, um die Wasserversorgung auch in Dürrezeiten zu sichern. Frühwarnsysteme für Waldbrände oder Hochwasser sind auszubauen und in Funktionsbereitschaft zu halten.

Feuerwehr und Technisches Hilfswerk sollen stärker entlastet und unterstützt werden. Klimaveränderungen in anderen Teilen der Welt dürfen nicht dazu führen, den europäischen Grenzschutz noch weiter aufzuweichen. Einer noch verstärkten Zuwanderung unter dem Stichwort so genannter „Klimaflucht" erteilen wir eine Absage.

Wir bekennen uns zur einheimischen Landwirtschaft. Eine gesicherte Nahrungsmittelproduktion ist Grundlage sämtlicher Lebensbereiche. Voraussetzung dafür ist, dass Landwirte von ihrer Arbeit leben können und ihr Beruf nicht zum Auslaufmodell wird.

***ZUWANDERUNG UNTER DEM STICHWORT SO GENANNTER "KLIMAFLUCHT" ERTEILEN WIR EINE ABSAGE.***

Deshalb wollen wir das undurchschaubare Geflecht aus Regulierungen, insbesondere auf EU-Ebene, radikal vereinfachen und es auf wenige Leitplanken beschränken. Die gesetzlichen Einschränkungen sowie der Preisdruck des Weltmarkts und des europäischen Binnenmarkts haben Landwirte abhängig von Subventionen gemacht. Da Lebensmittel kein Handelsgut wie jedes andere sind, sind gezielte protektionistische Maßnahmen legitim, um die Wirtschaftlichkeit heimischer Produktion zu erhalten und die Abhängigkeit von Agrarimporten zu verringern. Preisdumping durch große Händlerketten ist mit konsequentem Vollzug des Kartellrechts zu begegnen.

Wir treten für eine pragmatische Energiepolitik ein, die Fragen der Energieversorgung nach Maßgabe von Sauberkeit und Verfügbarkeit des Energieträgers beantwortet, statt nur durch eine ideologische Brille zu blicken. Eine Schlüsselaufgabe kommt dabei der Kernenergie zu, da sie die Abhängigkeit von ausländischen Energielieferungen bestmöglich reduziert. Die Laufzeit der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke ist zu verlängern, zudem sollten schnellstmöglich neue Kernkraftwerke errichtet werden. Der Abbau von Braun- und Steinkohle als heimischer Energieträger soll reaktiviert werden. Anschließend können Braunkohletagebaue als Biotop- und Erholungsflächen dienen. Soweit weiterhin Importe von Energieträgern notwendig sind, ist auf Diversifizierung zu achten. Die nationale Versorgungssicherheit muss stets Priorität haben und darf keinesfalls unter Berufung auf ideologische Vorbehalte gefährdet werden.

Erneuerbare Energien sind als ein möglicher Baustein der Energieautarkie grundsätzlich begrüßenswert. Dabei darf ihre Rentabilität jedoch nicht durch staatliche Förder- und Verpflichtungsprogramme verzerrt werden. Allenfalls für private Kleinnutzer können staatliche Anreize zur Installation gesetzt werden. Die Energiegewinnung aus Biomasse ist der Sicherung der Nahrungsmittelproduktion unterzuordnen.

Die individuelle Mobilität ist wesentlicher Ausdruck von Freiheit und Persönlichkeitsentfaltung. Ein Tempolimit lehnen wir ab. Die Besteuerung von Treibstoffen ist spürbar zu reduzieren, um Mobilität auch abseits urbaner Zentren zu gewährleisten und weiterer Zersiedelung vorzubeugen. Insbesondere in Großstädten bietet der ÖPNV oftmals eine effizientere Alternative zum Automobilverkehr. Eine ÖPNV-Grundversorgung ist auch in ländlichen Räumen zu gewährleisten.

Bei der Planung des Städtebaus ist nicht nur Wert auf Funktionalität, sondern auch auf Ästhetik und Stadtbild zu legen. Dabei sollte man sich an organisch gewachsenen Stadtvierteln orientieren. Bei der ästhetischen Beurteilung sollten nicht die ungeliebten Maßstäbe der Moderne, sondern die klassischer Schönheit und gewachsener Baukultur angesetzt werden. Regionale Baumaterialien und -stile sind dabei zu berücksichtigen und weiterzuentwickeln.

# WIR STEHEN ZUR TRADITIONELLEN FAMILIE

Wir bekennen uns zur Familie aus Vater, Mutter und Kindern als Fundament des Volkes. Nur sie hat sich über die Jahrtausende darin bewährt, Leben weiterzugeben und die Schöpfungsordnung zu erhalten. Nichts kann uns Heimat, Vertrautheit und Schutz so bieten wie die Familie. Das Ausmaß ihrer Verdrängung aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist untrennbar mit dem Werteverfall der vergangenen Jahrzehnte, aber auch mit der demografischen Notlage unseres Volkes verbunden. Unsere Gesellschaft überaltert und taumelt über das Rentensystem einer ökonomischen und sozialen Katastrophe entgegen.

Im Gegensatz zu den Altparteien glauben wir nicht an eine Lösung dieser Probleme durch Massenzuwanderung, sondern daran, dass Deutschland diese Herausforderung aus eigener Kraft stemmen kann. Dazu befürworten wir eine aktivierende Familienpolitik nach ungarischem Vorbild, die auf eine höhere Geburtenrate abzielt. Doch Kinder muss man sich auch leisten können. Wir wollen jene entlasten, die mit Kindern einen Beitrag zur Zukunft unseres Landes leisten und dafür manchen Verlockungen eines egozentrischen Lebensstils entsagen. So schlagen wir eine gezielte Förderung über eine Senkung der Einkommenssteuer pro Kind vor. Kinderreiche Familien schultern die Zukunft unseres Volkes und müssen dementsprechend wertgeschätzt und entlastet werden.

Die Familiengründung ist jedoch nicht allein eine Frage des Geldes, sondern auch der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Um Frauen eine echte Wahlfreiheit zu ermöglichen, fordern wir daher sowohl einen Ausbau von Kindertagesstätten als auch die Wiedereinführung eines auf Staatsbürger beschränkten Betreuungsgeldes. Trotz der Notwendigkeit staatlicher wie privater Betreuungsangebote kann die Bindung zu den Eltern gerade in den frühen Kindheitsjahren nichts ersetzen. Wer seine Kinder bewusst zuhause erzieht, verdient eine monetäre Förderung, die gleichwertig zur Inanspruchnahme staatlicher Betreuung ist. Auch unterstützen wir Programme zur Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt nach der Elternzeit.

***UNSER WUNSCH NACH EINER HÖHEREN GEBURTENRATE GEHT MIT EINER ABSAGE AN DIE GEGENWÄRTIGE ABTREIBUNGSGESETZGEBUNG EINHER.***

Wir betrachten die Ehe als einen Bund von Mann und Frau. Mit der Einführung der so genannten „Ehe für alle" wurde die Ehe jedoch im staatlichen Sinne von der Verantwortungsgemeinschaft mit Kindern entkoppelt. Wir treten für eine Umwandlung des Ehegatten- in ein Familiensplitting ein, bei dem das Familieneinkommen auf alle Familienmitglieder aufgeteilt und dann versteuert wird. Dadurch tragen wir der Lebensrealität Rechnung, dass immer mehr Ehepaare kinderlos bleiben, aber auch zahlreiche Eltern nicht heiraten. Statt der omnipräsenten Propagierung alternativer, nicht auf Fortpflanzung und Familiengründung ausgerichteter Lebensmodelle befürworten wir eine stärkere Bewerbung der heteronormativen Familie.

Unser Wunsch nach einer höheren Geburtenrate geht mit einer Absage an die gegenwärtige Abtreibungsgesetzgebung einher. Wir stellen uns gegen den Versuch, die Tötung ungeborenen Lebens durch Werbung zu bagatellisieren, oder ein Recht auf Abtreibung durch die Hintertüre zu etablieren. Wir bekennen uns zum Schutz des Lebens von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod und setzen der verbreiteten Wegwerfmentalität einen Sinneswandel hin zu Familiengründung oder Adoption entgegen.

# WIR STEHEN ZUR BILDUNGSTRADITION

Bildung ist mehr als die Vermittlung noch so richtiger Leitbilder. Sie ist eine Investition in unsere kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Zukunft. Sie ist aber auch ein Selbstzweck. Wir bekennen uns in diesem Sinne zum Humboldt'schen Bildungsideal. Deutschland hat sich über die Jahrhunderte hinweg darin bewährt, seine eigene ganzheitliche Bildungstradition herauszubilden. Europäische Gleichmacherei im Rahmen des Bologna-Prozesses und der Umstellung deutscher Abschlüsse auf Bachelor und Master hat uns nicht nur dieser Traditionen gegenüber entfremdet; der Trend zur Überakademisierung gefährdet auch deutsche Erfolgsmodelle wie die duale Berufsausbildung, das Modell von Geselle und Meister, sowie das mehrgliedrige Schulsystem.

Wir sind der Überzeugung, dass ein differenziertes Schulsystem bestmöglich auf die individuellen Stärken und Schwächen des Einzelnen abgestimmt ist und plädieren für Erhalt und Wiederherstellung von Gymnasium, Realschule, Hauptschule und Förderschule. Für Differenzierung treten wir auch innerhalb der jeweiligen Schulsysteme ein. Schüler sollen freiwillig zwischen sprachlichen, naturwissenschaftlichen und praktischen Vertiefungen entscheiden können.

Wer Hochschulreife oder akademischen Abschluss zur Grundvoraussetzung persönlichen Erfolgs verklärt, setzt damit sowohl Qualität und Bedeutung akademischer Abschlüsse, als auch alternative Berufsbiografien herab. Unsere Volkswirtschaft ist mehr denn je auf das Handwerk angewiesen, was sich auch in vielen Fällen in vorteilhaften Gehaltsperspektiven im Vergleich zu verschiedenen Studiengängen niederschlägt. Im Fokus staatlicher Bildungspolitik sollten wertschöpfende Berufe stehen. Es ist der Irrglaube an die grundsätzliche Höherwertigkeit akademischer Bildung, der ursächlich verantwortlich ist für den immer offener zu Tage tretenden Fachkräftemangel.

***JEDER BÜRGER IST SEINES GLÜCKES SCHMIED UND SOLL AUCH SEINE STUDIENWAHL FREI TREFFEN.***

Wo fast die Hälfte der Ausbildungsbetriebe ihre Ausbildungsplätze nicht voll besetzen können, muss mit einer Stärkung des dualen Ausbildungssystems reagiert werden. Bislang Studenten vorbehaltene Privilegien wie geförderte ÖPNV-Tickets, Wohnheime und Stipendienmodelle wollen wir auf Berufsausbildungen und Meisterabschlüsse ausweiten.

Auch wenn wir die Bedeutung der Geisteswissenschaften anerkennen, wenden wir uns gegen die Vermassung geisteswissenschaftlicher Studiengänge und wollen Hochschulpolitik verstärkt auf die so genannten „MINT"-Fächer ausrichten. Jeder Bürger ist seines Glückes Schmied und soll auch seine Studienwahl frei treffen. Für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes maßgeblich sind dennoch nicht zuletzt IT-Spezialisten, Ingenieure und ihre Innovationen. Die staatliche Förderung ideologisch statt wissenschaftlich motivierter Studiengänge wie „Gender Studies" ist zu beenden.

Trotz der mitunter einem Flickenteppich gleichenden Bildungspolitik der verschiedenen Bundesländer wollen wir am Föderalismus in der Bildungspolitik festhalten. Die Resultate der verschiedenen Ansätze unterscheiden sich drastisch zwischen Sachsens dreigliedrigem Schulsystem und Bremens Gesamtschule. Ein zentralistischer Ansatz liefe zwangsläufig auf einen Kompromiss zwischen beiden Bildungssystemen hinaus, was in den im Ländervergleich besser positionierten Bundesländern eine Nivellierung nach unten zur Folge hätte.

# WIR STEHEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Wir bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft, die Deutschland über Jahrzehnte hinweg einen Ausgleich zwischen sozialen und wirtschaftlichen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen garantiert hat. Als Junge Alternative leben wir diesen Ausgleich selbst, in dem wir freiheitlich-marktwirtschaftliche und solidarisch-patriotische Kräfte innerhalb einer Partei vereinen.

Der Mittelstand muss als Herzkammer der deutschen Wirtschaft immer häufiger einer am bloßen „shareholder value" ausgerichteten Unternehmensführung Platz machen, wodurch der Familienunternehmer als Arbeitgeber durch kurzfristige Profitmaximierer ausgewechselt wird. Gleichzeitig ist der Sozialstaat, einst als Stütze für vorübergehende Arbeitslosigkeit oder Berufsunfähigkeit konzipiert, vor allem für Millionen von Migranten zur sozialen Hängematte geworden, die direkt in die sozialen Netze einwandern, ohne je in die zugrunde liegenden Sozialsysteme eingezahlt zu haben.

Dass deutsche Familienväter, die jahrzehntelang Sozialbeiträge bezahlt haben, nach einjähriger Arbeitslosigkeit auf den gleichen Standard fallen wie Menschen, die gerade erst das Land betreten haben, ist ein ungerechter Zustand. Ebenso problematisch ist das in Summe kaum wahrnehmbare Gefälle zwischen mühsam erarbeiteten Gehältern von Geringverdienern und staatlichen Sozialleistungen, die mit der Übernahme von Wohn- und Energiekosten einhergehen.

Arbeit muss sich auch für den normalen Arbeitnehmer wieder lohnen. Seine Einkommenssteuern können nicht in Steueroasen auswandern, sondern finanzieren sowohl teure Rettungsaktionen für gescheiterte Unternehmungen als auch die soziale Sicherung derer, die nicht arbeiten. Es ist der Wegfall des Leistungsprinzips, der auf der einen Seite der Entwicklung von einer wertschöpfenden zu einer spekulativen Wirtschaft inhärent ist und auf der anderen Seite der noch arbeitenden Minderheit immer größere Belastungen aufzwingt, während eine auf Millionen herangewachsene Schicht von Sozialhilfeempfängern von der erarbeiteten Substanz lebt.

> ***Arbeit muss sich auch für den normalen Arbeitnehmer wieder lohnen.***

Als Patrioten wissen wir, dass die soziale Frage unserer Zeit untrennbar mit der nationalen Frage verbunden ist. Ein Sozialstaat kann nur funktionieren, wenn ihm eine Exklusivität innewohnt, die sich mit Ausnahme besonders hilfsbedürftiger Bürger auf die beschränkt, die auch Sozialbeiträge eingezahlt haben.

Ein soziales Netz, das in alle Richtungen offen ist, kann sprichwörtlich nicht dicht sein. Es schafft keine Anreize, sich an seiner Finanzierung zu beteiligen, sondern verleitet zum Missbrauch. Hier halten wir dagegen – mit Entlastungen bei Steuern und Sozialabgaben, die Arbeit sowohl für kleine und mittelständische Unternehmen als auch für Arbeitnehmer wieder lohnenswert machen.

Die gestiegenen Energiepreise und die von ihnen getriebene Inflation stellen derzeit das größte wirtschaftliche wie soziale Problem unseres Landes dar. Sie wurzeln in einer jahrelangen Nullzinspolitik der EZB, die wir seit unserer Gründung kritisiert haben. Es ist die europäische Geldpolitik und die Abwertung des Euros, welche Grundversorgungs- zu Luxusgütern werden lässt. Die auf die Rettung des Euros gemünzte „Whatever-it-takes"-Mentalität nimmt letztlich vor allem deutsche Sparer aus. An unserer mit dem Dexit einhergehenden Forderung nach einer geordneten Auflösung der Währungsunion halten wir fest. Deutschland braucht den Euro nicht.

***Unsere Solidarität gilt deutschen Arbeitnehmern wie Arbeitgebern.***

Nicht nur die desaströse Eurorettungspolitik lehrt uns, dass es stets mit Vorsicht zu genießen ist, starke Eingriffe in den freien Markt zu vollziehen. Gleichwohl gibt die Entwicklung von einer mittelstandsbasierten Marktwirtschaft zu einem globalisierten Konzernkapitalismus mit weitreichender Monopolmacht Anlass, vertraute Dogmata zu hinterfragen. Immer häufiger umfasst der aus abstrakten Wirtschaftstheorien abgeleitete „Markt" nicht länger das familiengeführte mittelständische Unternehmen, sondern internationale Großkonzerne, deren Bilanzsummen das Bruttoinlandsprodukt ganzer Flächenstaaten übertreffen. Wir sind stolz auf Deutschlands große Anzahl an Unternehmen, die es von der Garage zur Weltmarktführung geschafft haben und damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze im In- und Ausland schaffen. Unsere Ingenieurskunst, aber auch deutsche Unternehmensführung sind in der ganzen Welt ein Inbegriff von Qualität und Effizienz. Schwingen sich Großkonzerne aber auf, Gesellschaften zu transformieren und ohne demokratisches Mandat ideologische Themen auf die Agenda zu setzen, muss sich auch die freieste Marktwirtschaft ihrer Eingriffsrechte bewusst werden. Gerade deshalb wollen wir dem Einzug des „woke capitalism" in deutsche Gefilde nicht widerstandslos zusehen.

So entschieden wir den Irrungen des woken Zeitgeists entgegentreten, wollen wir uns den Blick auf Arbeitnehmerinteressen nicht von linksidentitären Scheindebatten verstellen lassen: unsere Solidarität gilt deutschen Arbeitnehmern wie Arbeitgebern. Diese gilt es auch vor Nebeneffekten von Globalisierung und einer zunehmend multipolaren Weltordnung zu schützen.

# WIR STEHEN ZUR FREIHEIT DES EINZELNEN

Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen gehören zu unserem Markenkern. In einer Zeit, in der nicht die Freiheitseinschränkung durch den Staat erklärungsbedürftig scheint, sondern ihre Aufhebung, wollen wir nach Ernst Jünger „Wölfe in der grauen Herde" sein, die „Naturen, die noch wissen, was echte Freiheit ist." Wir betrachten Freiheit als Freiheit vor einem übermächtigen Staat und staatlichem Zwang. In den letzten Jahren hat sich die Freiheit von einem abstrakten Begriff in ein konkret bedrohtes Luxusgut verwandelt, das viele Bürger erst im Zuge ihrer plötzlichen Beschränkung zu schätzen lernten. Wir stellen uns gegen die schleichende Normalisierung staatlicher Freiheitseingriffe.

Freiheit beginnt damit, dass wir selbst über unsere eigene Lebenszeit verfügen können. In Deutschland haben wir nur einen Bruchteil unserer Arbeitsleistung zur freien Verfügung. Während die Lohnkosten deutscher Arbeitgeber zu den höchsten der Welt gehören, landet von diesem Geld nach Abzug von Steuern und Abgaben oft nur die Hälfte auf dem Konto des Arbeitnehmers. Und auch dieses Geld unterliegt weiteren Belastungen, wie Mehrwertsteuer, Rundfunkgebühren und Gebühren für Behördengänge. Mit dieser Belastung geht ein immer größer werdender Staatsapparat einher, der sich in immer mehr Lebensbereiche einschaltet und dort ein Mitspracherecht in Form staatlicher Regulierung einfordert. Der Bürger wird zum Bittsteller, der sich über mildtätige Gaben freuen soll, deren Kosten der Staat ihm vorher aus der Tasche gezogen hat. Nach vielen Jahren aneinander gereihter Staatsversagen liegt es uns fern, darauf zu vertrauen, dass der Staat die Dinge im Zweifel besser macht als der Einzelne.

Nicht nur kann der Nanny-Staat seine vollmundigen Versprechen einer staatlichen Rundumversorgung nicht einhalten, sie gehen auch mit massivem Freiheitsverlust einher und infantilisieren den Bürger. Wir wollen den Staat auf ein gesundes Minimum reduzieren – und die Freiheit des Einzelnen damit stärken.

Freiheit bedeutet auch, seine Ansichten in Wort, Schrift und auf der Straße frei äußern zu dürfen. Nur noch 45 Prozent der Bundesbürger glauben, dass sie ihre Meinung frei äußern könnten. Zu sämtlichen größeren öffentlichen Debatten kristallisiert sich binnen kürzester Zeit eine scheinbare Mehrheitsmeinung heraus, die in Frage zu stellen berufliche und gesellschaftliche Risiken mit sich bringt. Nicht selten verbirgt sich dahinter keineswegs eine gesellschaftliche Mehrheit, sondern nur besonders laute Minderheiten. Und selbst wenn eine Meinung vorübergehenden Mehrheitsrückhalt hätte, legitimiert dies in einer freiheitlichen Demokratie noch keine Repression gegenüber Gegenmeinungen. Der um sich greifenden „Cancel Culture" sagen wir den Kampf an. Den überdimensionierten, unzeitgemäßen und einseitigen, öffentlich-rechtlichen Rundfunk möchten wir abschaffen. Darüber hinaus wollen wir auf eine Rückkehr zu mehr Gelassenheit und Respekt gegenüber anderen Meinungen hinwirken. Das Versammlungs- bzw. Demonstrationsrecht steht allen Deutschen zu. Die während der letzten Jahre offensichtliche Diskriminierung von regierungskritischen Demonstrationen unter dem Deckmantel des Infektionsschutzes ist einzustellen.

# *Weder Regierungen noch Konzerne oder Aktivisten haben über die Grenzen unserer Meinungsfreiheit zu richten.*

Auch im Netz erleben wir Zensur und Repressionen. Gesetze, wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz führen dazu, dass Konzerne regierungskritische Inhalte ohne Prüfung löschen – mal, weil das Risiko einer Strafzahlung für die Konzerne aus betriebswirtschaftlichen Gründen schwerer wiegt; mal, weil die Big-Tech-Giganten eigenes Agenda-Setting betreiben. Wir wollen das Netzwerkdurchsetzungsgesetz abschaffen. Weder Regierungen noch Konzerne oder Aktivisten haben über die Grenzen unserer Meinungsfreiheit zu richten, sondern einzig und allein unabhängige und unpolitisierte Gerichte. Aufgabe der Regierung ist es vielmehr, die Rahmenbedingungen für einen freiheitlich-demokratischen Diskurs zu schaffen.

# KOMM

# ZU UNS!

**Junge Alternative für Deutschland**

vertreten durch den Bundesvorstand,
dieser Vertreten durch den Bundesvorsitzenden

Herr Hannes Gnauck
Junge Alternative für Deutschland
Brandenburger Straße 28
14542 Werder (Havel)

Tel.: +49 (0) 30 220 23 000

XI. Bundeskongress der Jungen Alternative